Antragsteller: Landesvorstand

LEITANTRAG zum Landesparteitag am 30.6./1.7.2012 (mit Übernahmen)

Die Wahlen vom 13. Mai 2012 haben auf parlamentarischer Ebene für klare Verhältnisse in NRW gesorgt. Die frühere Minderheitsregierung aus SPD und Grünen hat eine komfortable Mehrheit bekommen. Die Wahlbeteiligung lag mit knapp 60 Prozent auf gleich niedrigem Niveau wie 2010, was einmal mehr die bleibenden Defizite in der Legitimation der herrschenden Politik unterstreicht. Die Verteilung der NichtwählerInnen gleicht wie immer einem Atlas der Verteilung von schlechter Bildung und Armut. Wir leben, was die wirkliche politische und materielle Teilhabe der Menschen betrifft, in einer strukturell immer mehr verfestigten Zweidrittelgesellschaft, und das abgekoppelte Drittel wächst und die Bindungen werden immer dünner.

Dennoch hat die SPD 375.000 Stimmen absolut hinzugewonnen; ein Viertel davon – 90.000 Stimmen - direkt von der LINKEN. NRW zurückgeholt. Ihre Regierungspartnerin, Die Grünen, hat gegenüber 2010 etwa 57.000 Stimmen weniger erhalten.

Der Erfolg der Kraft-SPD hat zwei Ursachen: Hannelore Kraft ist es ausdrücklich in Bezug auf das Land NRW gelungen, sich unter Vereinnahmung der seit 2010 nur mit uns umgesetzten Verbesserungen von der Wahrnehmung der Bundes-SPD abzusetzen. In einer Befragung sagt eine deutliche Mehrheit der Menschen, die SPD in NRW sei „keine Agenda-Partei und trage keine Verantwortung für Hartz IV und Niedriglöhne", die SPD im Bund sei aber sehr wohl „noch immer eine Agenda-Partei". Gleichzeitig ist es der Kraft-Regierung gelungen, sich als bessere CDU darzustellen. Hannelore Kraft ließ sich für ihren Konsolidierungskurs „mit Augenmaß" und ihr neues Bekenntnis zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung feiern und erreichte damit zahlreiche bisherige CDU-WählerInnen.

Bereits vor dem Wahlkampf war klar, dass die Piraten in den Landtag mit einem guten Ergebnis einziehen. Die Piraten haben bei der Landtagswahl 607.000 Stimmen und damit 487.000 mehr im Vergleich zu 2010 erhalten, davon 80.000 ehemalige LINKE-WählerInnen. Die Piraten sind der Liebling der Medien und haben bisher noch das Image der neuen, unverbrauchten Partei.
Die Piraten beschränken sich in ihrer Gesellschaftsanalyse und politischen Forderungen auf die Seite der KonsumentInnen und die Gebrauchswerte. In einer kapitalistischen Gesellschaft sind aber die Produktion von Werten, die Warenproduktion für einen Markt

und der daraus erzielte Profit, die entscheidende Grundlage. Deshalb steht für die LINKE. NRW die Eigentums- und Machtfrage immer im Mittelpunkt ihrer Kritik an den bestehenden Verhältnissen und ihrer daraus abgeleiteten Politik. Auch die Piraten werden sich dieser Notwendigkeit nicht entziehen können.

Der Misserfolg der LINKEN. NRW

Die LINKE.NRW hat eine tiefe und schmerzliche Schlappe bei der Landtagswahl 2012 erlebt. Nur noch knapp 195.000 WählerInnen haben uns ihre Stimme gegeben, 241.000 weniger als vor zwei Jahren. Neben den politischen Folgen bedeutet dies auch eine gravierende Verringerung unserer materiellen und finanziellen Möglichkeiten, im Land NRW Politik zu machen.

Der erschreckende Misserfolg unserer Partei bei der Landtagswahl hat seine Ursachen auf verschiedenen Ebenen, die wir selbstkritisch und solidarisch analysieren müssen, um aus den Fehlern für die Zukunft zu lernen. Dazu soll es eine umfassende Auswertung des Wahlkampfes und der vorausgehenden politischen Arbeit der LINKEN durch die Landeswahlleitung in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand geben, die dem Landesrat vorgelegt wird. Da die Grundlage für erfolgreiche Wahlkämpfe zwischen den Wahlen gelegt wird, wollen wir rückblickend dennoch erste politische Schlussfolgerungen wagen:

- Auch die LINKE. NRW kann nicht gegen den Bundestrend gewinnen. DIE LINKE befindet sich bundesweit, in NRW und auch in vielen Kreisverbänden in der Krise. Den vorläufigen Tiefpunkt erlebte diese negative Entwicklung am 13. Mai 2012.

- Es ist uns nicht gelungen, den Einfluss, den wir auf Wahlebene haben, in wirkliche gesellschaftliche Verankerung zu verwandeln. Erschwerend kam hinzu, dass DIE LINKE mit einer Medienbarriere konfrontiert war. Insbesondere über Erfolge und Forderungen der LINKEN wurde in den Mainstream-Medien kaum berichtet.

- Seit der Landtagswahl 2010 hat DIE LINKE im Landtag von NRW eine gute Sachpolitik gemacht. Gemangelt hat es aber an einigen zugespitzten Projekten, die breit bis in die Städte und außerhalb der Parlamente kommuniziert wurden. Das ist – in Ansätzen – nur bei dem Thema Sozialticket gelungen. Wir leiden unter einem großen Missverhältnis zwischen Arbeit in diversen parlamentarischen Gremien – auf kommunaler, regionaler und Landesebene – und der außerparlamentarischen Arbeit.

- DIE LINKE hat sich im Landtag als kritische Opposition verstanden. Zugleich haben wir mitgeholfen, Hannelore Kraft an Stelle von Jürgen Rüttgers zur Ministerpräsidentin zu

wählen und die Kraft / Löhrmann-Regierung zu etablieren. Wichtigen Vorhaben der Landesregierung haben wir zum Durchbruch verholfen. Über die Rolle der LINKEN im Düsseldorfer Landtag bestand jedoch nicht nur bei uns, wichtiger noch: in größeren Teilen der Öffentlichkeit Unklarheit: Hat die LINKE mitregiert, hat sie toleriert, oder nur opponiert? Dabei hat es die Fraktion DIE LINKE an scharfer Kritik der Landesregierung nicht fehlen lassen; aber die selbstbewusste Darlegung unserer parlamentarischen Erfolge blieb ungenügend. Wir haben tatsächlich als soziales und demokratisches Korrektiv gewirkt, diese Funktion aber nicht deutlich genug herausgestellt und unseren Wahlkampf – zumindest anfangs – ausschließlich auf eine künftige Oppositionsrolle abgestellt, Dass hat dazu beigetragen, dass die überwiegende Zahl der Wählerinnen und Wähler uns im Landtag für entbehrlich gehalten. Ca. 120.000 unserer Wählerinnen/ Wähler sind zur SPD und zu den Grünen abgewandert, weil sie unsere Funktion „Druck zu machen" und dadurch praktische Veränderungen zu bewirken, nicht haben erkennen können.

Für Die LINKE ist es wichtig, eigenständige, anti-neoliberale Positionen zu entwickeln und diese den Menschen nahezubringen. Um aber diese Forderungen – etwa nach einem gesetzlichen Mindestlohn, nach einer Mindestrente oder nach der Regulierung der Finanzmärkte – auch tatsächlich durchsetzen zu können, werden wir Bündnispartner brauchen. Die Menschen wissen das und haben uns daher auch im Wahlkampf immer wieder gefragt, wie wir es mit den anderen, von vielen auch als links wahrgenommenen Parteien, also mit SPD und Grünen halten. Darauf nur mit schroffer Ablehnung und der Pose „Wir gegen Alle" zu antworten, reicht nicht.
Es gibt vielfältige Wünsche und Erwartungen, auch innerhalb der sozialdemokratischen, der grünen Wählerschaft, aber auch bei denjenigen, die nicht mehr zur Wahl gehen, an denen wir ansetzen und in breiter angelegte politische Aktionen überführen müssen.
Zu unseren potenziellen Bündnispartnern gehören auch viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, mit denen wir in den Gewerkschaften, in den Stadtteilen oder bei vielfältigen Protestaktionen für kurzfristige und teils auch weitreichende Veränderungen streiten. Nur mit ihnen gemeinsam lassen sich Lohnerhöhungen erreichen, lässt sich der Sozialstaat erneuern und werden wir erfolgreich die Herrschaft der Finanzmärkte beenden. Auf diesem Wege des gemeinsamen Kampfes muss auch die SPD nach links gedrückt und verändert werden. Es reicht also nicht aus, nur zu beschreiben, wo die SPD heute steht – und damit zu dem Ergebnis zu kommen, dass nichts geht. Die scharfe Grundsatzkritik an SPD und Grüne muss verknüpft werden mit konkreten Angeboten und Vorschlägen wie in den Kommunen, im Land und im Bund ein Politikwechsel im Interesse der abhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen, der Rentnerinnen und Rentner, der Jugend erreicht werden kann.
Es ist aktuell nicht zu verkennen, dass SPD und Grüne zu einem echten Politikwechsel eben nicht bereit sind. Sie sind es, die sich einer rot-rot-grünen Regierungsoption und

dem erforderlichen Politikwechsel verweigern. Sie wollen stattdessen Links aus den Parlamenten heraushalten. Eine Politik der harten Abgrenzung zu SPD und Grünen ist insoweit folgerichtig.
Aber zugleich muss deutlich werden, dass rot-rot-grüne Regierungsoptionen, die die Aufgabe hätten, die Lage der Unterprivilegierten zu verbessern und mehr Demokratie herzustellen, nicht an uns scheitern. Ohne diese „Machtperspektive", die für uns immer auch an einen radikalen Politikwechsel geknüpft bleiben muss, würden wir für einen Teil unserer möglichen Wählerinnen und Wähler auch bei der Bundestagswahl keinen „Gebrauchswert" haben – und damit unsere Wahlchancen beträchtlich schwächen. Das sollten wir tunlichst vermeiden.

Demokratiekonforme Wirtschaft statt marktkonformer Demokratie

Die große Krise seit 2007 fiel nicht vom Himmel. Auch wenn dem Kapitalismus allgemein die Tendenz zur Krise innewohnt, so ist diese konkrete Krise auch Folge neoliberaler Politik: arbeitsrechtliche Deregulierungen und Sozialabbau, Steuersenkungen für Vermögende und Unternehmen, Bremsung wohlfahrtsstaatlicher und investiver öffentlicher Ausgaben, schließlich Liberalisierung der Finanzmärkte. Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird maßgeblich von der Bundesregierung genutzt, um soziale und demokratische Standards in der EU abzubauen und eine Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes einzuleiten. Die Staatsschulden in der Eurozone, die in Folge der Bankenrettungspakete ab 2008 deutlich angestiegen sind, sollen mittels Fiskalpakt und ESM auf Kosten der öffentlichen Haushalte zurück gefahren werden. Die Ratifizierung von Fiskalpakt und ESM ist in Bundestag und Bundesrat nur mit einer 2/3-Mehrheit und damit nur mit Zustimmung der SPD und der NRW-Landesregierung möglich. Wir lehnen diese zentralen Instrumente des deutschen Kapitals eindeutig ab.
Die Krisenhaftigkeit der Eurozone wird so nicht abgebaut, sondern verschärft.
Die Folgen sind mehr Finanz- und weniger reale Investitionen, platzende Blasen, europäische Handelsungleichgewichte wegen geringer Lohnkostensteigerungen in Deutschland. Was als Immobilienkrise begann, setzte sich fort als Krise der Banken, dann der gesamten Realwirtschaft und schließlich der europäischen Staaten insbesondere im Süden. Leiden müssen vor allem die vielen, die ihre Jobs und ihr Hab und Gut verlieren und deren Einkommen sinkt. Wir sind als LINKE gefordert, die Krisenzusammenhänge zu durchdringen und zu vermitteln. In manchen Bereichen sind wir weit. In anderen Bereichen müssen wir weiter diskutieren, um unsere Krisenanalyse zu vertiefen und besser zu kommunizieren.
Sicher und richtig ist: Wir LINKEN stehen für alle politischen Ansätze, welche die Lohnverhandlungsposition der Gewerkschaften stärken. Wir stehen für höhere Steuern auf große Einkommen und Vermögen, welche die öffentlichen Haushalte stärken und der Entstehung zu hoher Gewinne und privater Ersparnisse entgegenwirken. Wir stehen für die Erhöhung sinnvoller öffentlicher Ausgaben und für eine Stärkung demokratischer

Entscheidungsprozesse, so dass Beschäftigung ausgedehnt und öffentlicher Bedarf gedeckt wird. Wir stehen schließlich für eine Re-Regulierung der Finanzmärkte, die intransparente und schädliche Finanzinstrumente untersagt.
Wir fordern ein strikt demokratisch-kontrolliertes Bankensystem mit einem starken öffentlichen und genossenschaftlichen Sektor. Wir sind uns einig, dass eine Finanzierung von Nationalstaaten durch EZB-Kredite oder durch eine vorgeschaltete öffentliche europäische Bank am besten wäre.
Die Auseinandersetzung zwischen den Menschen in Griechenland und den EU-Spitzen ist von grundlegender Bedeutung für die Zukunft Europas. Wir solidarisieren uns mit den Griechinnen und Griechen und insbesondere mit unserer Schwesterorganisation SYRIZA. Wir wollen keine marktkonforme Demokratie, sondern eine demokratiekonforme Wirtschaft.

Wir wenden uns gegen eine EU, die in ihrer Struktur und Verfasstheit neoliberal und militaristisch dominiert ist und nehmen die Kämpfe, insbesondere in Südeuropa, zum Anlass eine grundlegende soziale und demokratische Umgestaltung der Europäischen Union einzufordern.

Es kommt einiges auf NRW zu

Mit ihrem Koalitionsvertrag schreibt die rot-grüne Landesregierung ihre im Landtagswahlkampf erprobte Doppelstrategie fort: Einerseits plant sie nach den seit 2010 auf Druck der LINKEN durchgesetzten Verbesserungen eine Reihe weiterer Wohltaten mit dem Ziel einer Abwendung vom Image als Agenda-Partei.
Der Ausbau von KiTa-Plätzen für Unter-Dreijährige mit den Kommunen, die Schaffung eines attraktiven und bezahlbaren Nahverkehrs für alle und eine Ausbildungsgarantie weisen Überschneidungen mit den Forderungen der LINKEN auf und entsprechen den Erwartungen der WählerInnen, die Rot-Grün eine deutliche Mehrheit im NRW-Landtag verschafft haben.
Andererseits bekennt sich die Landesregierung eindeutig zur im Bund verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse und ordnet so Politik dem Ziel unter, bis 2020 einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu erreichen. Rot-Grün stellt ausdrücklich alle haushaltswirksamen Maßnahmen unter einen Finanzierungsvorbehalt. Der Koalitionsvertrag macht zu möglichen Einsparungen jedoch bewusst nur sehr vage Andeutung. Auch mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 wendet sich Rot-Grün für die Einnahmeseite an den Bund und fordert höhere Steuern auf Einkommen, Erbschaften und Vermögen.
Dieser Widerspruch zwischen Wahlversprechen und Schuldenbremse wird prägend für die gesamte Amtszeit sein. Das Problem wird sich verschärfen, wenn bei nachlassender Konjunktur die Steuereinnahmen auch noch zurück gehen. Hinzu kommt auf der Agenda

von SPD und Grünen die noch ausstehende Entsorgung der Leichen im Keller der West LB: Flugs nach der Wahl wurde für deren Abwicklung eine weitere Milliarde Euro bereitgestellt, die im Entwurf des gescheiterten Landeshaushaltsplans 2012 noch nicht mal vorgesehen war. Gleichzeitig schätzt das Finanzministerium, dass die diversen Krisen und die Abwicklung der West LB Land, Bund und Sparkassen rund 18 Milliarden Euro kosten werden, davon entfällt etwa die Hälfte auf das Land NRW. Dem Land drohen in den nächsten Jahren Kürzungen von jährlich 500 Mio. Euro. Damit ist klar: Die SPD-Grünen-Regierung wird keine weiteren sozialen Wohltaten finanzieren – kein ausreichender sozialer Wohnungsbau, kein Sozialticket, geschweige den Nulltarif im ÖPNV – ohne dass sie dazu durch soziale Bewegungen gezwungen wird.

Mindestens bis zur Bundestagswahl 2013 wird die Landesregierung versuchen, ihre Einsparungen mit der Niedrigsteuerpolitik des Bundes zu begründen: SPD und Grüne werden sich mit Initiativen zur Vermögenssteuer im Bundestagswahlkampf als Parteien der sozialen Gerechtigkeit zu profilieren versuchen.
Die Selbstinszenierung von Rot-Grün als Bündnis für sozialen Ausgleich stellt die LINKE im Land wie im Bund vor neue Herausforderungen, erst recht solange SPD und Grüne im Bund Opposition sind. Die LINKE muss eine beharrlich-widerständige Partei bleiben. Es versteht sich von selbst, dass wir als LINKE gewerkschaftliche Kämpfe und außerparlamentarische Proteste anregen, unterstützen und sie auch über unsere Möglichkeiten im Parlament verstärken. Zugleich müssen wir aber damit umgehen, dass in Gewerkschaften und Zivilgesellschaft die Formierung einer breiten, auf Überwindung des neoliberalen Spardiktats zielende Protestbewegung, die auf die LINKE als parlamentarische Vertretung setzt, weder absehbar ist noch durch Parteitagsbeschlüsse erreicht werden kann.
In dieser Situation dürfen uns nicht auf eine eng gefasste Rolle des reinen außerparlamentarischen Protestes beschränken. Auch ein Kurs der strikten Abgrenzung von allen anderen Parteien im Sinne eines „wir gegen alle" wird uns nicht weiter helfen. DIE LINKE muss sich als eigenständige Kraft mit eigenen Ideen, Vorschlägen und Perspektiven positionieren. Sie muss sich mit der falschen Politik öffentlichen Sparens auseinander setzen und Handlungsmöglichkeiten im Land aufzeigen.
In der konkreten Auseinandersetzung mit der Landespolitik von Rot-Grün müssen wir lernen, die Erwartungshaltungen der Wähler an Verbesserungen, die immer noch mit diesen Parteien verknüpft sind, mit konkreten außerparlamentarischen Initiativen aufzunehmen. Dabei gilt es, die Widersprüche zwischen Wahlpropaganda und konkreter Praxis von Rot-Grün ebenso schonungslos aufzuklären wie gemeinsame Durchsetzungsstrategien für konkrete Verbesserungen vorzuschlagen.
Demos und Protestaktionen sind eine wichtige, aber nicht die einzige Form sinnvollen außerparlamentarischen Engagements. Wir sollten auch die alltägliche und oft wenig spektakuläre politische Arbeit vor Ort, in Verbänden und Selbstorganisationen und die

kommunale Arbeit als wichtige Bausteine unserer gesellschaftlichen Verankerung stärker beachten und wertschätzen. DIE LINKE ist in NRW eine Partei mit einer breiten kommunalen Verankerung. Diese Verankerung ist eine wichtige Basis für den Neustart und das Wiedererstarken der LINKEN im Land.
Neben der Unterstützung gewerkschaftlicher Kämpfe gegen den von der Schuldenbremse erzwungenen Stellenabbau in der Landesverwaltung und den Landesbetrieben zeichnen sich mit dem Koalitionsvertrag folgende Konfliktfelder für landesspezifische Auseinandersetzungen ab:

Es besteht die Gefahr, dass die angekündigte Neuausrichtung der Stadtentwicklungs- und Wohnpolitik zu einer Kürzung der sozialen Wohnraumförderung führt. Die Folge wären weiter steigende Mieten und eine Verschärfung der sozialen Spaltung der Städte.
Die Überschuldung der Kommunen wird sich unter den Bedingungen der Schuldenbremse verschärfen, ebenso die mit dem sog. ‚Stärkungspakt Stadtfinanzen' erzwungenen Sparauflagen für die beteiligten Städte.
Entlang vorhersehbar nicht einzuhaltender Wahlversprechen wie der Schaffung von ausreichenden KiTa-Plätzen für Unter-Dreijährige sollten wir zu Bewegungen und Protesten beitragen.
In der Energiepolitik geht die Landesregierung mit der in einer Nebenabrede zum Koalitionsvertrag vor der grünen Basis versteckten Genehmigungszusage für ein neues Braunkohlekraftwerk auf Konfrontationskurs zu den Umweltinitiativen, denen sie gleichzeitig mit dem Verfahren zur Erstellung des Klimaschutzplans bundesweit vorbildliche Beteiligungsmöglichkeiten einräumt.

Wir werden wo immer möglich an Bündnissen von Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschafts-kritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur mitwirken.
Für die Durchsetzung eines politischen Richtungswechsels und einer solidarischen Umgestaltung brauchen wir starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften. Dafür setzen sich die Mitglieder der LINKEN gemeinsamen mit anderen kritischen Kollegen/innen in den Gewerkschaften ein. Unser Ziel ist es, aus der LINKEN einen Faktor zu machen, der Gegenwehr gegen die Zumutungen des Kapitals zu mobilisieren vermag. DIE LINKE muss sich mit inhaltlichen Vorschlägen, mit breiter Beteiligung an Protestaktionen und einer konzentrierten Öffentlichkeitsarbeit als wichtiger Bestandteil des Widerstandes gegen die herrschende Politik bewähren.

DIE LINKE 2013: Lieber weniger, aber besser.

Der verpasste Wiedereinzug in den Landtag sowie der mangelhafte Parteiaufbau dürfen in der Konsequenz nicht zu einem „Weiter wie bisher" führen. In den vergangenen Jahren

waren Leitanträge davon geprägt, zu jedem Thema eine Antwort zu geben und eine Kampagne festzuschreiben. Während die Regierung eine Armee von Experten und Sachverständigen ins Feld führen kann, um alle Politikbereiche in der Gesellschaft zu bearbeiten, versuchen linke Parteien oft, demgegenüber ebenso in allen Fragen Antworten zu entwickeln. Das ist natürlich gut gemeint, denn als Linke haben wir ja auch eine Gesellschaftskritik, die alle Lebensbereiche umfasst und in vielen Lebensbereichen genaueste Detailkritiken und Gegenentwürfe liefern kann. Und trotzdem ist es eine Falle: Es führt dazu, dass wir nur noch damit beschäftigt sind zu allen Fragen Positionen zu entwickeln, um z.B. Pressemitteilungen oder Flugblätter zu produzieren (die am Ende sowieso nicht gelesen oder aufgenommen werden). Anstatt in einigen Kernpunkten als politischer Akteur zu agieren, sind wir ein bisschen überall tätig: Arbeit am Kommunalwahlprogramm vor Ort, Intervention in die Landespartei, Anti-Atom, dann Anti-Nazi-Arbeit, etc. Das führt dann dazu, dass wir 10 Kampagnen beschließen und am Ende wird davon keine umgesetzt. Jede und Jeder bringt sein Steckenpferd in einem Antrag in den Parteitag ein und fordert eine Kampagne. Umgesetzt wird kaum etwas.

Es ist an der Zeit ist eine andere Herangehensweise für unsere Politik zu entwickeln. Wir wollen nicht einfach mitschwimmen und in Bündnissen nur Anderen die Initiative überlassen. Wir haben als Partei DIE LINKE eine weitergehende Gesellschaftskritik, aber auch eigene strategische und praktische Ideen, die nicht mit anderen Akteuren identisch sind. D.h., wir stehen vor der Herausforderung, gegenüber den neoliberalen Kräften in der Gesellschaft, aber auch gegenüber den Gewerkschaften, sowie gegenüber Bündnispartnern, eigene Positionen und Strategien zu entwickeln. Wenn wir aber eigene Positionen entwickeln wollen, dann brauchen wir Zeit und eine Konzentration auf wichtige Kernbereiche. Dies sind ausdrücklich Soziale Gerechtigkeit und Frieden. Wenn wir als LINKE etwas erreichen wollen, dann müssen wir uns genau überlegen wo und wann wir unsere wenigen Ressourcen einsetzen, um einen Unterschied zu machen.

Daraus ergeben sich *die* zentralen Felder, auf denen DIE LINKE NRW agiert:

1. Den Parteiaufbau zu einem kollektiven Projekt machen!

Der LINKEN NRW ist es in den vergangenen fünf Jahren nicht gelungen die Partei aufzubauen und in den Stadtteilen, in den Betrieben, an den Schulen und Hochschulen zu verankern. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Das Verhältnis der Mitglieder zur Bevölkerung beträgt bei der LINKEN NRW 1:2231. Im Vergleich dazu hat die Sozialistische Partei der Niederlande auf der gleichen Fläche und EinwohnerInnenzahl ein Verhältnis von 1:348 und kann damit auf eine ganz andere gesellschaftliche Verankerung zurückgreifen. Auch an den Hochschulen sieht es nicht besser aus. Obwohl Studierende in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen historisch oft eine zentrale Rolle gespielt

haben, ist DIE LINKE. NRW nur an 9 von mehr als vierzig Hochschulen durch den Studierendenverband vertreten. Um die bröckelnde Basis der LINKEN zu verbreitern und mehr junge Aktive zu gewinnen muss DIE LINKE auch um eine Verankerung in den Universitäten und Berufsschulen kämpfen. Dies kann aber nicht alleine auf den Jugend- und Studierendenverband abgeschoben werden. Auch die Verankerung in den Betrieben sieht düster aus. DIE LINKE NRW verfügt weder über Betriebsgruppen noch über eine Verankerung in den Gewerkschaften. DIE LINKE muss sich zur Aufgabe machen, die kämpferischen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften zu sammeln, sie zu vernetzen und Kräfte zu bündeln. Wir wollen Sozialberatungsstellen als feste Anlaufpunkte und Unterstützungsangebote für Prekarisierte weiter ausbauen.

Diese Erkenntnisse sind nicht neu. In jedem Leitantrag der letzten fünf Jahre finden sich Absichtserklärungen, diesen Tatsachen entgegen zu wirken und den Parteiaufbau voranzutreiben. Passiert ist sehr wenig. Das liegt vor allem daran, dass der Parteiaufbau nur gemeinsam und kollektiv von unten organisiert und durch den Landesvorstand gefördert und begleitet werden kann. Basisorientierung und Transparenz sind dabei Leitmotiv.

Wenn wir nach fünf Wahlkämpfen nun daran arbeiten wollen, dass sich DIE LINKE überall in den gesellschaftlichen Strukturen und Bündnissen verankert und eine mitgliedernahe Parteistruktur aufbaut, die sowohl für gemeinsame politische Kampagnen als auch für die Interessen der Menschen, die auf uns ihre politischen Hoffnungen setzen, taugt, dann müssen wir dieses Konzept gemeinsam entwickeln, beschließen und umsetzen. Der Landesvorstand legt daher bis Herbst 2012 einen Vorschlag für den Aufbau der LINKEN. NRW vor. Dieser wird im Anschluss auf mindestens vier Regionalkonferenzen diskutiert und abschließend auf dem Landesrat beschlossen.

2. Pluralität, solidarische Streitkultur und innerparteiliche Demokratie sind Kennzeichen der LINKEN

In unserem Erfurter Programm definieren wir uns als eine neue politische Kraft, die „offen und plural, streitbar und tolerant" ist. Dieses Selbstverständnis wollen wir stärker mit Leben füllen.
Eine Stärke der LINKEN ist ihr Charakter einer pluralen Partei. Diese Pluralität sollten wir nutzen, den vorhandenen Bestand an Mitgliedern und Wählern/innen zu sichern und uns zugleich für neue gesellschaftliche Gruppen zu öffnen.
DIE LINKE findet bei den sozial an den Rand Gedrängten starken Zuspruch, zahlreiche engagierte Gewerkschafter/innen unterstützen uns und viele Menschen erkennen die Folgen

eines ungebändigten Kapitalismus in seiner tiefen Krise und schätzen deshalb unsere konsequente antikapitalistische Haltung. Dies wollen wir erhalten und ausbauen. Wir streben eine bessere Verankerung bei den abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner/innen, den links-alternativen Milieus der Mittelschichten und bei kritischen Intellektuellen an. *Es reicht nicht, dies jetzt einfach zu beschließen. Wenn wir uns organisatorisch und personell in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus verankern und programmatisch eine solche Ausstrahlungskraft erlangen wollen, dass unsere Ideen in den öffentlichen Debatten wahrgenommen werden, dann setzt dies eine Selbstveränderung der Partei voraus. Denn so, wie wir sind, sind wir für viele Menschen unattraktiv.*

Eine Partei, die schon alles weiß, die von schroffen Gegenüberstellungen lebt und die nicht erkennen läst, dass sie über Fragen, die die Menschen bewegen, ernsthaft und mit Interesse debattiert, ist nicht nur langweilig; sie stößt ab. Nur wer selber Nachdenklichkeit, Offenheit und Neugier ausstrahlt, wird auch ein entsprechendes Echo auslösen.

Wir wollen innerparteilich mehr Demokratie ausprobieren! DIE LINKE hat in ihrem Erfurter Programm beschlossen:

Die Potenziale der LINKEN liegen in den Fähigkeiten ihrer Mitglieder, ihrer gesellschaftlichen Verankerung und Lebenserfahrung. Politische Beteiligung und Interesse entstehen durch selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Handeln und demokratische Mitbestimmung bei der Gestaltung und Entwicklung gesellschaftlicher Prozesse. Diese Vision wollen wir auch in der eigenen Partei leben. DIE LINKE entwickelt ihre Politik im engen Zusammenwirken von gewählten Führungsgremien und Mitgliedern in basisdemokratischer Verankerung. Pluralismus und Transparenz sind tragende Säulen unserer Partei.

Die Festlegung wollen wir mit Leben füllen. So soll der Landesvorstand beispielsweise Möglichkeiten prüfen und nutzen, mittels digitaler Kommunikation Debatten zwischen der Basis und den Vorständen zu ermöglichen.

Wichtiger noch für unsere Debatten ist aber eine Streitkultur, die andere Sichtweisen respektiert, deren Pluralität wertschätzt und trotz Differenzen miteinander solidarisch umgeht.

DIE LINKE ist eine gesamtdeutsche Partei. Dass unsere Partei aus Menschen mit unterschiedlichen Biographien im Ost- und Westteil der Republik besteht, ist ein Vorteil, den wir bewusster nutzen wollen. Wir wollen den Austausch mit Genossen/innen aus den neuen Bundesländern verbessern, sie zu unseren Veranstaltungen einladen, an ihren Veranstaltungen teilnehmen und gemeinsame Veranstaltungen durchführen.

3. Kampagne

Was bedeutet das und wie unterscheidet sich die Kampagne von Schwerpunkten? Wenn wir eine Kampagne machen wollen, dann müssen wir wissen, was wir wollen. Maßgeblich

ist für uns in Nordrhein-Westfalen die Anknüpfung am wegweisenden 120 Tage-Programm des neuen Bundesvorstandes mit seinen Schwerpunkten Kampf gegen Kürzungspolitik und Fiskalpakt, Überwindung prekärer Beschäftigung und Wiedergewinnung des Öffentlichen. Neben der notwendigen und richtigen Beteiligung an bundesweiten Kampagnen muss der Landesverband auch eigene, landespolitische Akzente setzen.
In einer Kampagne fließen Politik und Öffentlichkeitsarbeit strategisch zusammen. Die Öffentlichkeitsarbeit muss ein umfassenderes Konzept haben. Kampagnenarbeit, bedeutet nicht Addition, sondern Konzentration - einem dreifachen Sinn: Sachlich auf ein ausgewähltes, prioritäres Anliegen, zeitlich auf eine definierte, also begrenzte Spanne, sozial bedeutet sie eine Konzentration von Ressourcen, Arbeit und Geld.
Der Landesparteitag beschließt mit diesem Leitantrag einen groben Fahrplan zur ersten landespolitischen Kampagne, die in Abstimmung mit Planungen für den Bundestagswahlkampf Anfang 2013 starten soll: Vorschläge zum Kampagnenthema sollen ab Juli 2012 gesammelt werden. Eine überschaubare Anzahl von Vorschlägen ist anschließend auf Regionalkonferenzen zu diskutieren. Eine weitere Möglichkeit zur Debatte wird in einem Debattenforum auf der Homepage des Landesverbandes geschaffen. Im Spätherbst wird auf dem Landesrat eine Entscheidung getroffen.

4. Kampagne der Bundespartei zur Bundestagswahl

Neben dem notwendigen Parteiaufbau stehen im Jahr 2013 Bundestagswahlen an. Für die Zeit bis zu den Bundestagswahlen 2013 stehen insbesondere die Punkte Bekämpfung der europäischen Krise, Erneuerung der Demokratie, Schaffung guter Arbeits- und Lebensbedingungen und Engagement für Frieden und Abrüstung im Vordergrund. DIE LINKE. NRW beteiligt sich an den Kampagnen der Bundespartei und bereitet die strukturellen Voraussetzungen vor. DIE LINKE. NRW unterstützt den Aktionstag des „UmFAIRteilen" – Bündnisses am 29.09.2012. Er dient als Kick-Off nach der Sommerpause. DIE LINKE. NRW organisiert gemeinsam mit dem Jugend- und Studierendenverband einen LINKE Block auf der Demonstration in Köln und stellt den Kreisverbänden Mobilisierungsmaterial sowie einen ReferentInnenpool zur Durchführung von Mobilisierungsveranstaltungen zur Verfügung. DIE LINKE ruft alle Mitglieder dazu auf sich an dem Aktionstag zu beteiligen.